

# Der Begriff der politischen Massenkommunikation

(8/1977)

Der Terminus "politische Massenkommunikation" hat sich eingebürgert. Aber er ist nicht analysiert. Man beliebt, die Kategorie des Politischen wie der Kommunikation als bekannt vorauszusetzen. Was aber bekannt ist, pflegte schon Hegel zu sagen, ist darum, weil es bekannt ist, nicht erkannt. Wir werden daher die Kategorien der Kommunikation bis zum Begriff des Massenmediums entwickeln und den Begriff des Politischen über den Staat als der Sphäre seiner Handgreiflichkeit hinaus zum Parlamentarismus führen.

Politische Massenkommunikation erstreckt als Disziplin sich auf Politologie und Sozialpsychologie. Massenmedien an sich betrachtet sind eine spezielle gesellschaftliche Bewußtseinsform, als Herrschaftsinstrumente sind sie eine Kategorie der POLITISCHEN PSYCHOLOGIE.

Fundamentalkategorie für jedwede Art von Kommunikation ist die *Meinung*. Die Gesamtheit der Meinungen eines Menschen ist sein *Bewußtsein*. Meinungen sind die Inhalte des Bewußtseins, die bewußte Form annehmen, wenn sie geäußert werden. Die Meinung ist die Einzelheit eines Bewußtseins, das Bewußtsein die Einheit der Meinungen. Insofern ein Mensch Bewußtsein hat und über eine gewisse Anzahl und Vielfalt von Meinungen verfügt, ist er *Person*.

Keimzelle der politischen Massenkommunikation und zugleich Elementarkategorie der politischen Psychologie ist die *persönliche Meinung*. Meinungen sind bereits dadurch politisch, daß sie persönlich sind, wenn auch noch nicht derart schlagend und handgreiflich wie im Falle der Staatsmeinung. Daß aber der Staat eine Person ist, letztlich seine Äußerungen immer nur seine persönliche Meinung darstellen, hat schon die klassische Staatstheorie gewußt.

Eine persönliche Meinung haben heißt, als Person ein bestimmtes Bedürfnis von größerer oder geringerer Bedeutung, haben. Genaugenommen hat die Person als ganze nur die Meinung insgesamt. Das natürliche Moment der Meinung, das Bedürfnis kann nicht von der Person überhaupt getragen werden, sondern lediglich von der natürlichen Person, dem Besitzer. Die abstrakte Person dagegen ist der Eigner; er trägt in der persönlichen Meinung die gesellschaftliche Bedeutung des

Bedürfnisses, das er als Besitzer hat, das aber kein Bedürfnis für ihn selbst ist, weil er die Meinung ansonsten nicht äußern müßte. Und nur insofern ein gesellschaftlicher Zustand herrscht, worin die Bedürfnisse, die die Menschen haben, nicht ihre eigenen Bedürfnisse sind und ihre eigentlichen Bedürfnisse von fremden Menschen als ihnen ebenso uneigentlich personifiziert werden, also jedermanns eigentliches Bedürfnis, an dessen Befriedigung ihm liegt, ihm als fremde persönliche Meinung gegenübertritt, ist *persönliche Meinungsäußerung* und *persönlicher Meinungs-austausch* eine Lebensbedingung der Individuen. Die persönlichen Meinungsäußerungen sind der Anfang einer *politischen öffentlichen Meinung*.

Die bürgerliche Gesellschaft ist juristisch-politisch verfaßt. Deshalb besteht sie nicht aus Menschen, sondern aus Personen. Manche Personen sind natürlich auch Menschen (oder ein Vorbegriff davon), aber als solche bilden sie keine bürgerliche Gesellschaft, sondern eine menschliche Gemeinschaft. Jeder Appell an die Humanität besteht in einer Aufforderung zur Abstraktion vom juristisch-politischen Denken.

Die Analyse der persönlichen Meinung hat nicht nur eine Person mit einer Meinung gezeigt, sondern auch den *Besitzer fremden Bedürfnisses* und *Eigner gesellschaftlicher Bedeutung*. Nur die Einheit beider Bestimmungen ergibt eine Meinung politischen Charakters; zugleich ist die Meinung an sich wie das Bewußtsein überhaupt schon die politische Form des Wissens, aber noch kein politisches Bewußtsein.

Meinungen sind vielfältig und verschieden, insbesondere die persönlichen. Vielfältig sind sie den Bedürfnissen und verschieden der Bedeutung nach; Meinungsunterschiede sind qualitativ und quantitativ. Wer seine persönliche Meinung äußert, definiert sich als Eigner gesellschaftlicher Bedeutung durch den Besitzer eines fremden Bedürfnisses, das er meint, d.h. für sein wahres Bedürfnis hält. Aber jede Meinungsäußerung ist ihrerseits die *induzierte Meinung*, die zum Gegenstand meiner Äußerung gemachte Person solle ihre Meinung mir gegenüber in analoger Weise äußern. Die induzierte Meinung ist die mit jeder Meinungsäußerung verbundene *Werbung* um eine Gegenäußerung.

Hat die Werbung Erfolg, erfolgt Meinungs-austausch oder Kommunikation. Die Kommunikation hat ihren Grund im Vorhandensein aller ihrer Bedingungen. Dies sind die wechselseitigen Äußerungen verschiedener Meinungen zweier Personen von annähernd gleicher gesellschaftlicher Bedeutung. *Politische Kommunikation* ist also persönlicher Meinungs-austausch, bei dem jede Person ihre Meinung als eigne Bedeutung gegenüber der Meinung der anderen Person als Besitzerbedürfnis zum Ausdruck bringt. Die jeweils eigne Bedeutung jeder persönlichen Meinung wird

durch das fremde Bedürfnis dessen, der die andere persönliche Meinung besitzt, definiert.

Die im engeren Sinne *politische Meinung* ist das Resultat einer *allgemeinen Äußerungsform persönlicher Meinungen*, in der sich alle eigenen Bedeutungen durch dasselbe fremde Bedürfnis, dessen Besitzer eine ganz bestimmte Person ist, ausdrücken. Diese allgemeine Meinungsäußerung macht die Meinung einer Person zum allgemein anerkannten und somit *gesellschaftlichen Bedürfnis* von *allgemeiner Bedeutung*, das damit aus den nur persönlichen Meinungen als unmittelbar politische Meinung hervorgehoben ist. Der personelle Träger dieses gesellschaftlichen Bedürfnisses von allgemeiner Bedeutung ist durch die allgemeine Äußerungsform persönlicher Meinungen zugleich *allgemeine Rechtsperson* geworden.

Unter der zusätzlichen Bedingung, daß die allgemeine Rechtsperson in eine *juristische Person* mit konstitutionellen Organen sich verwandelt, wird die politische Meinung zur *Staatsmeinung*; erhöht sich ferner deren allgemeine Bedeutung dadurch, daß ihr zugrundeliegendes gesellschaftliches Bedürfnis zu einem vorwiegend *geistigen Bedürfnis* sublimiert wird, transformiert sich die bloße Staatsmeinung in die *politische Idee* des Staates.

Wie aus den persönlichen Meinungen die politische Meinung hervorgeht, wenn die Meinungsäußerungen allgemeine Form annehmen, so destilliert sich aus den Personen der Staat und aus den Bewußtseinsinhalten die Idee. Hat die politische Meinung sich einmal zur Staatsidee verfestigt, ändert sich zwar nicht die allgemeine Äußerungsform der persönlichen Meinungen, sie wird aber idealistisch. Der *Staatsidealismus* bestimmt jetzt die öffentliche Meinungsäußerung.

Die Existenz der Staatsidee verwandelt die persönlichen Meinungen in *bürgerliche Freiheiten*, in Meinungsfreiheiten. Die Propagandisten der Staatsidee sind die *Ideologen*, diejenigen der Meinungsfreiheit die *Literaten*. Meinungsvermittler sind die *Journalisten*. Ideologen haben die Staatsidee zu ihrer persönlichen Meinung gemacht, Literaten die bürgerliche Meinungsfreiheit zu ihrer Staatsidee und Journalisten die Vermittlung zum Zweck.

Die politische Idee erfüllt *staatsideologische Funktionen*. Die Staatsidee ist *persönliches Bedeutungsmaß*, *politisches Ideal*, *politisches Kommunikationsmedium*, *politisches Orientierungsmittel* und zugleich *politisches Herrschaftswissen* für die Meinungsfreiheit der Bürger.

Die *politische Weltmeinung* akzeptiert keine bestimmten Staatsideale, sondern allein den geistigen Gehalt politischer Ideen als universelle Mittel politischer Kommunikation, Orientierung und Bedeutungszumessung. Gänzlich unbrauchbar ist in dieser Sphäre *politische Moral*, die als ideologisches Papiergeld nur innerhalb von Staaten mittels äußerem Zwang aufrechterhalten wird.

In der Funktion als politisches Kommunikationsmedium vermittelt die Staatsidee die Kommunikation verschiedener freier Meinungen, indem der Bürger seine Meinung zuerst mit der Staatsmeinung und danach mit der Meinung des anderen Bürgers austauscht. Der Staat in seinem leviathanischen Egoismus hat nun die Idee, seine eigne Idee vom redlichen Meinungsmakler der Bürger zum Ursprung und Endzweck einer doppelten Kommunikation zu befördern, die bürgerliche Meinungsfreiheit aber zum Medium seiner Kommunikation mit sich selbst herabzusetzen. Diese Form der politischen Kommunikation der Staatsidee mit sich selbst erfolgt in zwei Schritten; sie verwandelt sich zunächst in bürgerliche Freiheit und dann wieder in Staatsidee, die um eine neue Staatsidee erweitert wurde. So hat die doppelte Kommunikation des Staats mit den Bürgern und der Bürger mit dem Staat *politischen Sinn*, dessen neue Staatsidee zugleich Machtzuwachs der Ideologen beinhaltet. Dieser Prozeß wird gemeinhin als demokratisches Bewußtsein oder streitbare Demokratie umschrieben und ist insgesamt das *politische Selbstbewußtsein* des kapitalistischen Systems.

Die Quelle des ideologischen Machtzuwachses im demokratischen Bewußtseinsprozeß liegt in der *politischen Kreativität* der handlungsfähigen Aktivbürger; deren Integration in den ideologischen Herrschaftsprozeß führt zur Befriedigung ihres politischen Betätigungsdranges und ihrer Meinungsbildungsbedürfnisse, was sowohl die alte Staatsidee reaktiviert als auch den politischen Sinn des demokratischen Bewußtseins ergibt.

Das demokratische Bewußtsein wird nicht nur auf politische Kreativität der Aktivbürger, die allein den sinnvollen Machtzuwachs für die streitbaren Demokraten hervorbringen, sondern auch auf die *ideologischen Bürokratien* verwandt, die teils Mittel, teils Gegenstände der Aktivität im Prozeß der persönlichen Meinungsbildung sind. Wird der politische Sinn nicht nur auf den in politische Kreativität investierten Teil des demokratischen Bewußtseins bezogen, sondern auch auf den in ideologische Bürokratie verwandelten Teil, so reduziert sich dieselbe politisch-psychologische Größe ihrem relativen Gewicht nach zum persönlichen Erfolgserlebnis. Im politisch psychologischen Meinungsstreit suchen die rivalisierenden

demokratischen Egoisten oder Selbstbewußten ihr persönliches Erfolgserlebnis zu maximieren, was zu einer durchschnittlichen Erfolgsquote führt.

Der Einfluß auf die *demokratische Meinungsbildung* wird von einem eigenen, *politisch einflußnehmenden Selbstbewußtsein* wahrgenommen. In dieser Form wird es zum kommunikationsfähigen demokratischen Bewußtsein; die wirkliche Kommunikation politischen Selbstbewußtseins ist das *demokratische Vertrauen*. In diesem Verhältnis stellt der Vertrauensgeber sein politisches Selbstbewußtsein dem politischen Unternehmer oder *Politiker* zur Verfügung, der damit, vermittelt über entsprechende Kommunikationen mit persönlichen Meinungen politisch kreativer und ideologisch-bürokratischer Art, einen demokratischen Meinungsbildungsprozeß in Gang setzt und in abschließenden Meinungsäußerungen deren gesamte traditionelle und neue politische Bedeutung realisiert, so daß ein persönliches Erfolgserlebnis resultiert. Der Politiker als Vertrauensnehmer muß dies Erlebnis mit dem Vertrauensgeber teilen, der seinen *politischen Einfluß* geltend macht und dem Politiker nur einen *persönlichen Prestigegewinn* läßt.

Neben dem universellen politischen Selbstbewußtsein oder allseitigen Demokratiebewußtsein gibt es ein spezielles *Selbstbewußtsein politischer Kommunikation*, das sich aus der demokratischen Meinungsbildung fernhält. Ein politisch-kommunikatives Selbstbewußtsein, das lediglich politische Ideen und Ideale äußert und akzeptiert, ist das *ideell-kommunikative Demokratiebewußtsein*.

*Politische Massenmedien* entspringen der Verschmelzung ideell-kommunikativen Demokratiebewußtseins mit politisch einflußnehmendem Selbstbewußtsein. Im Prinzip beinhalten sie die Vergesellschaftung des politischen Wissens. Die wesentlichen Funktionen der politischen Massenmedien werden durch Journalisten als Meinungsmakler, Politiker als Meinungsborger und Ideologen als Meinungsverleiher personifiziert. Primitive Gesellschaften, in denen bürgerliche Verhältnisse noch nicht entfaltet sind, kennen den Ideologen, der die Staatsidee propagiert, zugleich als Monopolisten politischer und journalistischer Funktionen; unter solchen Umständen kann aus einem technischen Informationsverbreitungssystem kein politisches Massenmedium entstehen.

Journalisten sammeln die Reserven an politischen Ideen bei Staat und Bürgern, bei Ideologen und Literaten, bündeln sie zu demokratiefähiger Massivität und verleihen sie an die Politiker. Dieser kontinuierliche Sozialisierungsprozeß der politischen Ideen ist das politische Massenmedium. Selbstverständlich ist es kein Medium der Massen, sondern der Elite der Demokraten zur ideologischen Demokratisierung der

Massen. Zwar umfaßt das Funktionieren der Massenmedien eine Masse von Kommunikationen, die aber keine „Massenkommunikation“, weder der Eliten mit den Massen noch der Masse untereinander beinhaltet. Wenn dem so wäre, stünde die intellektuelle und politische Herrschaft der Elite, somit die ideologische Demokratie oder der Pluralismus zur Disposition. Es gibt also keine Massenkommunikation, schon gar keine politische.

Politische Massenmedien erfüllen neben ihrer skizzierten Funktion für das demokratische Bewußtsein, also der Vergesellschaftung aller politisch-ideellen Reserven zur Ausstattung des Selbstbewußtseins der herrschenden Elite, allgemeine technische Bildungs- und Übermittlungsbedingungen sämtlicher Meinungsarten. Als Informationsverteilungs- und Nachrichtenbeschaffungsinstrumente befriedigen sie sowohl Bildungs- als auch Konsumbedürfnisse, dienen der *Information* wie der *Unterhaltung* ganz ebenso, wie auf öffentlichen Straßen Produktionsmittel transportiert oder Familien spazierengefahren werden können.

Die Information ist das Produktionsmittel sämtlicher Meinungen, jedes Bedürfnis von gesellschaftlicher Bedeutung resultiert aus *Manipulation* von Informationen. *Medien* haben ihre Namen von der Zeit- oder Ortsgebundenheit der Informationen, deren materielle Träger sie sind, mitunter auch von ihrem Material oder der Übermittlungstechnik der *Nachrichten*, die in die Information eingehen. Politische *Meinungsmonopole* sind stets ein Phänomen ortsgebundener Informationen, insbesondere von *Lokalnachrichten*.

Das *parlamentarische System* ist die ursprünglichste Form eines politischen Massenmediums. Zur vollen Entwicklung kommen Parlamente wie Massenmedien erst, wenn im politischen Leben die Dominanz von Parteien sich stabilisiert hat. Die *politische Parteimeinung* ist allen einfacheren Formen politischen Selbstbewußtseins dadurch überlegen, daß sie sich in der öffentlichen Meinung schon behauptet, wenn sie lediglich politischen Einfluß geltend macht. Zugleich können einzelne ihrer Repräsentanten mit Hilfe der Massenmedien persönliches Prestige als politischen Gründergewinn realisieren, indem sie neue Koalitionen zu politischem Selbstbewußtsein zusammenbringen und demokratiefähige Meinungsbildungsprozesse in Gang setzen.

Massenmedien fungieren als ideologische Banken, Parteien als politische Aktiengesellschaften. Die Existenz der Parteimeinungen ermöglicht die Verwandlung jeder persönlichen Meinung und privaten politischen Idee in den Nominalteil einer Parteimeinung und damit einen potentiellen Anteil am demokratischen Meinungsbil-

dungsprozeß. Die exklusive Kommunikationssphäre, in der Parteimeinungen koaliert und fraktioniert werden, ist die *politische Prominenz*, der Markt kapitaler politischer Meinungen, die Öffentlichkeit der Demokraten, von der die demokratisierten Massen ausgeschlossen sind.

Überhaupt ist die Demokratie die höchste und perfektteste Form, über die Masse der Individuen Herrschaft auszuüben, mit dem freien, total entwickelten Individuum daher unvereinbar wie jede Herrschaftsform. Wer Demokratie für den Gipfel der menschlichen Entwicklung hält ist sicherlich ein politisches Tier, gewiß aber noch kein Mensch.